

| | |
|---------------------------|---|
| Mitteilungsvorlage | Vorlage-Nr.: 00/1000-5532/2023 |
|---------------------------|---|



| | | |
|------------------------|---------------------------------|--------------|
| <i>Beratungsfolge</i> | <i>Geplante Sitzungstermine</i> | <i>Ö / N</i> |
| Stadtrat (Bekanntgabe) | 23.03.2023 | Ö |

| |
|--|
| <i>Betreff</i> |
| Anfrage Stadtratsmitglied Mack vom 21.02.2023 zu Reichsbürger:innen 2022 |

| | |
|---|----------------------------|
| <i>Sachbearbeitende Dienststelle</i> Kommunalreferat (Ref. II) | <i>Datum</i> 21.02.2023 |
| <i>Beteiligte Dienststelle/n</i> FB Allgemeine Bürgerdienste | |
| <i>Oberbürgermeister, Referats- bzw. Werkleitung</i> rechtsk. berufsm. Stadtrat Wolfgang Kleiner | |

Mitteilung:

1. Im angefragten Zeitraum seit Oktober 2021 wurden zwei Verdachtsfälle aus Würzburg im Rahmen von Verkehrsordnungswidrigkeiten bekannt; hinzu kommen fünf Verdachtsfälle aus Würzburg im Rahmen von Mahnverfahren, namentlich aus dem Bereichen Personalausweisgesetz, Hunde- bzw. Kfz-Steuerwesen, Personenstandsgesetz bzw. dem Melderecht.

Hinzu kommen fünf allgemeine Hinweise, die nicht im Zusammenhang mit einem konkreten Verwaltungsverfahren stehen; hier wurden in „allgemeinen Beschwerdeschreiben“ künstliche Bezüge zur allgemeinen Coronapolitik, zum Bürgerentscheid Talavera, zur Bundestagswahl 2021 oder in zwei Fällen mit Bezug zu einer fiktiven „Lebenderklärung“ hergestellt. Aufgrund der szenetypischen Äußerungen wurden diese vorsorglich als Verdachtsfälle der Polizei gemeldet.

Es handelt sich bei diesen Verdachtsfällen aus Würzburg regelmäßig um einmalige Ausdrucksweisen bzw. Einsendungen der Absender. In drei Verdachtsfällen wurden mehrfach Schreiben eingereicht.

2. Hinzu kommen Verdachtsfälle, die nicht in der Stadt Würzburg wohnen: Fünf Verdachtsfällen (keine Wiederholungsfälle) von nicht in Würzburg gemeldeten Personen wurden im Rahmen von Verkehrsordnungswidrigkeiten oder sonstige Mahnverfahren bekannt und der Polizei gemeldet.

Unabhängig von jedem Bezug zur Stadt Würzburg oder zu einem konkreten Verwaltungsverfahren wurden in den letzten 17 Monaten 32 Mails, Telefaxe oder Briefe an die Stadt gesandt, in denen Themen wie „Lebenderklärungen“, „Alliierte Streitkräfte“, „Gefundene Urkunde“, „Staatsangehörigkeitsausweis“ sowie mehrfach die Themen Corona-Schutzmaßnahmen und Impfpflicht vorgebracht wurden.

| | | | | |
|--|--------------------------|----|-------------------------------------|------|
| Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) werden berührt: Bei „Ja“ ergänzende Informationen, wie die Belange berücksichtigt werden/wurden: | <input type="checkbox"/> | Ja | <input checked="" type="checkbox"/> | Nein |
|--|--------------------------|----|-------------------------------------|------|

| | | | | |
|---|--------------------------|----|-------------------------------------|------|
| Relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung: Bei „Ja“ ergänzende Erläuterungen: | <input type="checkbox"/> | Ja | <input checked="" type="checkbox"/> | Nein |
|---|--------------------------|----|-------------------------------------|------|

Die Ausführungen dienen zur Kenntnis.

Stadt Würzburg

| | |
|---------------------|---|
| Bezeichnung: | Reichsbürger:innen 2022 |
| von: | Mack, Konstantin |
| Datum: | 21.02.2023, 10:48 |
| Beratung: | Stadtrat (Beantwortung im Gremium - öffentlich) |

Begründung:

Anlagen:

Werden Belange der gesellschaftlichen Vielfalt (Diversity) berücksichtigt?:
Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

Hat der Vorschlag relevante Auswirkungen auf Klimaschutz und Klimaanpassung?:
Wenn "Ja" bitte hier ergänzende Informationen:

| | |
|--------------------|------------------------|
| Einreicher: | <i>Konstantin Mack</i> |
|--------------------|------------------------|



Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus • Rückermannstraße 2 • 97070 Würzburg

Stadt Würzburg
Herrn Oberbürgermeister
Christian Schuchardt
Rückermannstraße 2

Würzburg, 21.02.2023

Schriftliche Anfrage: Reichsbürger:innen in Würzburg (2022)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Stadtrats am 23. März 2023 reiche ich folgende Schriftliche Anfrage ein:

Wie viele Fälle von selbsternannten „Reichsbürger:innen“ oder „Selbstverwalter:innen“ sind der Verwaltung seit meiner letzten Anfrage im Oktober 2021 (Vorl. Nr. 00/1000-3780/2021) bekannt?

In welchen Bereichen kam es in diesem Zeitraum zu Problemen (zum Beispiel Zahlung von Bußgeldern, Rückgabe von Personalausweisen)? Bitte Fälle darstellen.

Ich bedanke mich schon im Vorfeld für die Beantwortung dieser Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen

Konstantin Mack
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen